

**Festvortrag**  
**im Rathaus der Stadt Remscheid**  
**am 30. April 1998**

Herr Oberbürgermeister,  
  
meine Damen und Herren,  
  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

"Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat das Recht auf Arbeit."

Artikel 24 Absatz 1 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Grundgesetz unseres Landes ist das so genannte Sozialstaatsgebot verankert. In Artikel 20 Absatz 1 der Verfassung ist festgelegt, dass "die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Bundesstaat" ist.

Das bedeutet: Das Sozialstaatsprinzip ist mit den Grundsätzen der Demokratie und des Rechtsstaats untrennbar verbunden!  
Der Staat - und dazu gehören alle Politiker in den Parlamenten - ist zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit verpflichtet!

Um den Stellenwert des Sozialstaatsprinzips zu ermessen, ist zu bedenken, dass es zu jenen Grundgesetzbestimmungen gehört, die ausdrücklich Verfassungsänderungen entzogen sind. Änderungen der dort aufgeführten Grundwertbestimmungen sind nach Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes "unzulässig".

Damit ist klar: Politisches Handeln hat sich zu rechtfertigen, ob es in die von der Verfassung aufgegebene sozialstaatliche Richtung passt.

Sicher ist, dass sich eine Gesellschaft, die durch fortschreitende Polarisierung von Reichtum und Armut geprägt ist, im Widerspruch zum Sozialstaatsprinzip entwickelt. Steigende Arbeitslosigkeit und gleichzeitig wachsender Reichtum bei einer Minderheit unseres Volkes sind mit dem Sozialstaatsgebot unserer Verfassung unvereinbar.

Die Bundesregierung handelt gegen die Verfassung und damit gegen das Volk, wenn sie die Vorteile der Vermögensbesitzer fördert und ausweitet und die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Mehrzahl der Bevölkerung ständig verschlechtert. Sie zerstört damit die Grundlagen für einen sozialen Rechtsstaat und die Grundlagen für Demokratie und Gerechtigkeit.

Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit ist nicht möglich!

Die Bundesrepublik ist nach wie vor Exportweltmeister. Im Jahr 1997 übersprang der Exportüberschuss erstmals die Traumgrenze von 120 Milliarden DM. Ein Land, das einen solchen Handelsbilanzüberschuss im Ausland erzielt, hat kein Standortproblem, sondern bereitet anderen Ländern zunehmende Probleme. Die deutsche Exportindustrie holt sich auf fremden Märkten die Kaufkraft, die im eigenen Lande fehlt. Dies aber kann sie offenbar nur, weil sie in Preis und Qualität besser dasteht, als ihre Konkurrenten. Und wie gut sich der Standort Deutschland im internationalen Vergleich macht, wird durch nichts besser demonstriert, als durch die Entwicklung der Lohnstückkosten, die wesentlich aussagefähiger ist, als die nominale Lohnhöhe oder die Höhe der Sozialabgaben. Wir produzieren in vielen Branchen kostengünstiger als andere Länder. Die Arbeitsproduktivität ist in Deutschland immer noch Weltspitze!

Die Exporterfolge schlagen sich als erstes in steigenden Unternehmensgewinnen nieder. Von 1980 bis 1995 haben die Nettogewinne der Unternehmen preisbereinigt um 116 Prozent im Durchschnitt zugenommen. Im selben Zeitraum stiegen die Nettolöhne je Arbeitnehmer nur um 1,4 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit wird zum immer größeren Problem - gleichzeitig steigen die Aktienkurse unaufhaltsam.

Lediglich 3 Prozent der Bevölkerung verfügen über etwa 80 Prozent des Produktivvermögens und nur 5 Prozent der Deutschen besitzen überhaupt Aktien.

Während die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur auf einen Anteil von 58,4 % am Bruttoinlandsprodukt kommen, sind es in Japan 70,7 %, in den USA 66,2 % und in Großbritannien sogar noch 62,1%. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist in der Bundesrepublik auf den Stand der frühen 60er Jahre zurückgefallen.

Das bedeutet: Die Vermögensbestände der Reichen, der Millionäre und Multimillionäre sind gewaltig gestiegen. Die Kluft zwischen Armen und Reichen wird immer größer.

Die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch. Etwa 7,5 Millionen Menschen suchen in unserem Land einen Arbeitsplatz. Angeblich sind die Arbeitskosten in unserem Land zu hoch. Deshalb fordern Politiker und Unternehmer einen weiteren Sozialabbau und erhebliche Verschlechterungen der Tarifverträge. Durch solche Maßnahmen sind andere Länder angeblich bereits erfolgreich gewesen.

Tatsache aber ist:

Die zahlreichen Kostensenkungsprogramme, Lohnverzichte und Kürzungen staatlicher Ausgaben haben zur schwersten und längsten Stagnation in Deutschland geführt.

Kaufkraftverluste und Arbeitsplatzabbau schlagen sich in Konsumverzicht nieder.

Sparen, abspecken und konsolidieren haben bisher in keinem Industriestaat zur Konjunkturbelebung geführt.

Durch die Ausgabenkürzungen des Staates wird die Krise nicht überwunden, sondern verschärft!

Nun behauptet die Bundesregierung immer noch, durch Steuererleichterungen für Unternehmen und Maßnahmen der Wirtschaftsförderung neue Arbeitsplätze schaffen zu können.

Wir erinnern uns zum Beispiel an das groß angekündigte Standortsicherungsgesetz, das am 1. Januar 1994 in Kraft trat. Im folgenden "Fortschrittsbericht" wurde u. a. erklärt:

"Das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm" verhindert "mit Entlastungen von über 90 Milliarden Mark in den Jahren 1994 bis 1996" einen weiteren "Anstieg der öffentlichen Defizite".

"Das Standortsicherungsgesetz hat die Ertragsbesteuerung der Unternehmen auf das niedrigste Niveau seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gesenkt" und "das 30-Punkte-Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessert die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes".

Und was ist nun daraus geworden?

Wo sind die neuen Arbeitsplätze?

Was haben Bundesregierung und Unternehmerverbände nicht alles versprochen!

- Wenn die Arbeitskosten gesenkt würden, dann könnten die Betriebe auch wieder an die Arbeitslosen denken und Arbeitsplätze schaffen!

- Wenn die Gewerkschaften ihnen in Tarifforderungen entgegen kämen, dann würden wir auch zu mehr Beschäftigung kommen!
- Wenn die Unternehmer weniger Steuern zahlen müssten, dann könnten sie mehr gegen Arbeitslosigkeit tun.
- Wenn der Kündigungsschutz geändert würde, dann würden die Unternehmer 500.000 neue Stellen schaffen.
- Wenn die Ladenschlusszeiten verlängert würden, dann gäbe es 300.000 neue Arbeitsplätze.

Die Forderungen sind erfüllt worden, aber die Arbeitsmarktlage ist weiterhin trostlos.

Seit Ende 1993 hat sich die Anzahl der Arbeitslosen um gut 1 Million erhöht und die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ging um 1,2 Millionen zurück.

Die herrschende Politik ist damit widerlegt und gescheitert, aber trotzdem will die Bundesregierung auch für das Jahr 1998 an der Förderung der Gewinne festhalten.

Es fehlen nicht nur Arbeitsplätze, sondern vor allem auch Ausbildungsstellen für junge Menschen!  
Allein für das Jahr 1997 klaffte eine Lehrstellenlücke von ca. 200.000.

Die sich seit Jahren verschlechternde Lage auf dem Ausbildungsmarkt konnte trotz einer Vielzahl von Maßnahmen auf freiwilliger Basis nicht geschlossen werden. Appelle, gutes Zureden und feierliche Versprechungen sowie die Entwicklung neuer Berufe, die Deregulierung der dualen Ausbildung, die Absenkung der Ausbildungsvergütung oder die Anpassung des Berufsschulunterrichtes an die Anforderungen der Wirtschaft - alle diese Bemühungen haben die Abwärtsbewegung am Ausbildungsmarkt nicht aufhalten können.

Um auf dem Ausbildungsmarkt eine Zukunftsperspektive zu erhalten, fordern wir einen Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben durch eine solidarische Ausbildungsfinanzierung.

Und weil vielen Unternehmen der Gedanke der Solidarität fremd ist, müssen sie durch eine gesetzliche Umlagenfinanzierung motiviert werden.

Wohin die Perspektivlosigkeit junger Menschen führt, davon haben wir gerade am letzten Sonntag einen kleinen Vorgeschmack bei den Wahlentscheidungen in Sachsen-Anhalt bekommen. Die Anzahl der Protestwähler steigt! Die rechtsradikalen Rattenfänger erhalten Zulauf, weil die Menschen vor allem im Osten bitter enttäuscht sind von den vollmundigen Versprechungen dieser Bundesregierung.

Helmut Kohl treibt mit seiner Politik immer mehr verzweifelte Menschen an den Rand unserer Gesellschaft!

Aber auch viele Unternehmer verursachen die wachsenden sozialen Spannungen in unserem Land.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden zunehmend an der Unfähigkeit deutscher Unternehmer und Manager, durch Innovationen, also durch die Entwicklung neuer bzw. verbesserter Dienstleistungsangebote, durch effizientere Arbeitsmethoden und durch neue Produkte neue Märkte im In- und Ausland zu erschließen und Nachfrage auszulösen.

Trotz vieler Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung im Werte von mehr als 100 Milliarden Mark im Jahr - und zwar ohne die klassischen Subventionssektoren Landwirtschaft, Bergbau, Wohnungswirtschaft und Bahnverkehr - schaffen die Unternehmer keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Trotz enormer Gewinnsteigerungen werden viele Arbeitsplätze abgeschafft.

Die Arbeitslosigkeit hat Rekordhöhen erreicht! Die Staatsverschuldung in Deutschland, die im Jahre 1980 noch bei 31,5 % des Bruttosozialprodukts lag, ist bis zum Jahre 1996 auf 60% angestiegen.

Und dafür müssen Zinsen gezahlt werden. Und zwar an die Geldverleiher.

Die Hälfte von etwa 233 Milliarden Mark jährlich ausgezahlter Zinsen kassieren nur 5% der deutschen Haushalte.

85 Deutsche tragen die Bürde Milliardär zu sein, 950.000 haben es immerhin zu Vermögens-Millionären gebracht.

Wenn die Bundesregierung die sinkenden Steuereinnahmen beklagt, so kann nichts darüber hinwegtäuschen, dass diese Regierung diese Situation selbst geschaffen hat. Wer sonst hat die Steuersparmodelle und die Steuer- Schlupflöcher ermöglicht?

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommenssteuer sind seit 1992 von 41,5 Milliarden Mark auf nur 4,5 Milliarden im vergangenen Jahr gesunken!

Bezahlen müssen das die Kranken,  
die Rentnerinnen und Rentner,  
die Arbeitslosen und die Lohnempfänger!

Über den ständig steigenden Reichtum in diesem Land wird kaum gesprochen oder geschrieben. Eine Offenlegung der Vermögensverhältnisse würde zeigen, wer in den letzten Jahren wie stark vom Wirtschaftswachstum profitiert hat! Es gibt aber keine Reichtumsstatistik!

Es gibt zwar einen Armutsbericht, aber das Thema Reichtum ist bei der herrschenden politischen Klasse tabuisiert.

Auch die Kirchen haben in ihrem gemeinsamen Sozialwort im vergangenen Jahr gefordert, Reichtum müsse "ein Thema der politischen Debatte sein"; schließlich bedeute "Umverteilung gegenwärtig häufig eine Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird".

Durch die verfehlte Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherung sind die Lohnnebenkosten beträchtlich gestiegen. Mussten im Jahre 1990 noch 35,6 % des Einkommens der Beschäftigten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern an die Sozialversicherungen gezahlt werden, waren es im Jahre 1996 bereits 41,6 %.

Tatsache ist: Ein dauerhafter wirtschaftlicher Erfolg kann über den Abbau von Löhnen und Sozialleistungen nicht erreicht werden!

Die Absenkung der Arbeitskosten ist keine Lösung!

Eine entscheidende Ursache für die entstandenen ökonomischen und sozialen Probleme in unserem Land, wie in allen Ländern Europas, besteht in der grenzenlosen Globalisierung der Finanzmärkte. Deshalb müssen die europäischen Staaten gemeinsam die Macht der Akteure an den Finanzmärkten beschränken und den Steuerboykott der Konzerne und Vermögenden bekämpfen.

Der volkswirtschaftliche Schaden durch spekulativ verursachte Wechselkursschwankungen muss durch die Einführung einer Devisenhandels- und Kreditsteuer mindestens eingeschränkt werden. Dadurch würde sich das Geschäft mit Zinsdifferenzen zwischen den einzelnen Währungen für die Spekulanten weniger lohnen. Außerdem muss die Macht der Banken spürbar eingeschränkt werden.

Es ist unerträglich, dass sich die deutschen Großbanken auch noch als Fluchthelfer zur Steuerhinterziehung betätigen.



Weit mehr als die Hälfte der Multimillionäre in Deutschland zahlt regelmäßig keinen Pfennig Steuern! Über 200 Milliarden Mark parken deutsche Vermögensbesitzer allein bei den Luxemburger Filialen und in Investmentfonds der deutschen Finanzbranche. Wenn man alle Fluchtorte zusammenrechnet, erreicht der Steuerausfall vorsichtig geschätzt an die 50 Milliarden Mark pro Jahr.

Die Geschichte des Sozialumbaus in Deutschland ist eine Geschichte der Lastenumverteilung von oben nach unten. Sozialpolitisch, aber auch steuerpolitisch. Staatlich wie privat. Das Tempo wird immer schärfer.

Die so genannte Soziallastquote, der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt der Nation, stagniert und erreicht ihre behauptete Rekordhöhe nur durch die Plünderung der Sozialkassen für versicherungsfremde Leistungen. Etwa die Finanzierung der deutschen Einheit, eine ureigene Angelegenheit der Steuerzahler.

Die Lohnquote, also das Verhältnis der abhängigen Einkommen zum Volkseinkommen, ist wieder auf das Niveau der 50er Jahre zurückgefallen.

Dafür ist der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen auf über ein Drittel gestiegen, die Steuerlast auf Gewinne dagegen um ein Drittel zurückgegangen. Die realen Nettolöhne pro Kopf stagnieren seit über 15 Jahren. Die realen Nettogewinne erreichen Rekordhöhen.

Die Opfer sind immer die Täter.

Die Schuldigen aber werden frei gesprochen.

Statt der Arbeitslosigkeit werden die Arbeitslosen bekämpft.

Machen wir uns klar: Demokratie ist ohne soziale Gerechtigkeit nicht überlebensfähig!

Der bitter erkämpfte Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit, der sich in der so genannten sozialen Marktwirtschaft ausdrücken sollte, bricht auseinander. Die neuen Spielregeln - Flexibilisierung, Deregulierung, Globalisierung - drängen Millionen Menschen aus der Lohngesellschaft. Die Mehrheit rutscht in allgemeine Verunsicherung ab.

Das System sozialer Vorsorge wird systematisch demontiert. Der gesellschaftliche Zusammenhalt löst sich auf.

Der Anteil, den Kapitaleigner und Vermögensbesitzer zur Finanzierung staatlicher Aufgaben beitragen, sinkt weltweit. Soziale Verantwortung von Unternehmern finden wir immer weniger. Es handelt sich nicht mehr um eine der üblichen Wirtschaftskrisen. Wir stehen gemeinsam vielmehr in der Gefahr, unsere Freiheitsrechte zu verlieren. Freiheit ohne Gerechtigkeit und soziale Verantwortung gibt es nicht! Die uneingeschränkte Freiheit des Kapitals führt in die Katastrophe.

Deshalb geht es auch nicht alleine um die Verteidigung unserer Tarifrechte und um den Erhalt des Sozialstaates. Der Turbo-Kapitalismus, dessen weltweite Durchsetzung jetzt unaufhaltsam erscheint, zerstört die Grundlagen für einen funktionsfähigen Staat und die demokratische Stabilität.

Es sieht inzwischen so aus, als müsse sich die Demokratie gegenüber einer kapitalistischen Marktwirtschaft rechtfertigen, als müsse der Sozialstaat dem spitzen Bleistift eines Betriebsbuchhalters ausgeliefert werden.

Unsere Proteste, Versammlungen, unsere Bündnisangebote und Tarifkompromisse werden bei weitem nicht ausreichen, um die asoziale Entwicklung aufhalten zu können. Da muss wesentlich mehr geschehen.

Wir brauchen die Einigkeit aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im DGB!

Wir brauchen verbindliche Verabredungen mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den europäischen Gewerkschaften!

Konzepte und Vorschläge der Gewerkschaften für eine soziale und gerechte Wirtschaftspolitik gibt es genug. Aber wir müssen endlich von der Theorie zur Praxis kommen.

Wir müssen endlich anfangen, gemeinsam NEIN zu sagen.

Wir brauchen den Mut im Alltag, im Betrieb, im Widerspruch gegen Unternehmer und Aktionäre. Wir haben unendlich viel Macht,  
wenn wir uns einig sind!

Jeder Kampf verlangt von uns Opfer, Disziplin, Mut und Entschlossenheit.

Aber der Kampf ist unvermeidbar. Unsere Gegner zerstören die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben.

Unsere Kinder werden uns eines Tages fragen, warum wir gegen die Zerstörung ihrer Zukunft nichts getan haben.